



UNIVERSITÄTS-NACHRICHTEN

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

Fakultät N
Professor Dr. phil. habil. Ludwig Bewilogua wurde als Fachrichtungsleiter für Physik bestätigt.
Professor Dr. rer. nat. habil. Eberhard Steger wurde zum Vorstand der Abteilung Chemie und Biologie gewählt und als Fachrichtungsleiter für Chemie bestätigt.
Mit Wirkung vom 1. September wurde ein Institut für Hydrobiologie gegründet.

Mit Wirkung vom 1. September 1967 wurde das Institut für Zoologie aufgelöst. Herr Professor Dr. rer. nat. habil. Ulrich Sedlag wurde an das Institut für Forstwissenschaften der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin in Eberswalde berufen.

Fakultät B
Als Dekan wurde Professor Dipl.-Ing. Ernst Ludwig als Prodekan für Forschung Professor Dr.-Ing. habil. Günter Rickenstorff bestätigt.

Professor Dr.-Ing. Johannes Schuster wurde mit Wirkung vom 1. August 1967 zum Direktor des Instituts für Technische Gebäudeausrüstung und Bauhygiene ernannt.

Professor Dipl.-Ing. Walter Hoyer wurde als Leiter der Hauptfachrichtung Bauingenieurwesen bestätigt.

Professor Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel wurde mit Wirkung vom 1. September 1967 als Professor mit vollem Lehrauftrag umberufen für das Gebiet Bauen der Erziehung und Bildung.

Fakultät M
Als Prodekan wurde Professor Dr.-Ing. habil. Stefan Fronius bestätigt.

Fakultät T
Als Prodekan wurde Professor

Dr.-Ing. habil. Werner Schatt bestätigt.

Mit Wirkung vom 1. April 1967 wurde Herr Professor Dr.-Ing. habil. Werner Gillwald die kommissarische Leitung des Instituts für Holz- und Plastiktechnik übertragen.
Dr.-Ing. Tscheuschner wurde mit Wirkung vom 1. September 1967 als kommissarischer Direktor des Instituts für Lebensmitteltechnologie bestätigt.

Fakultät I
Als Dekan wurde Professor Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch. Hans Joachim Hildebrand als Prodekan Professor Dr. jur. Hermann Hentschel bestätigt.
Professor Dr.-Ing. Dr. rer. oec. Rudolf Geis wurde als Fachrichtungsleiter für die Fachrichtung Ökonomik der Sozialistischen Industrie (Elektrotechnik/Elektronik) bestätigt.

Fakultät F
Als Prodekan für Forschung wurde Professor Dr. rer. nat. habil. Hermann Pleiß bestätigt.

Fakultät P
Als Dekan wurde Professor Dr. paed. Wiesner, als Prodekan Professor Dr. paed. habil. Franz Lichtenacker bestätigt.

Gemäß Anweisung Nr. 5/67 des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen vom 10. Juli 1967 wurde die Abteilung Sprachunterricht in

Abteilung für Fremdsprachen umbenannt.

AUSZEICHNUNGEN, JUBILÄEN

Der Rektor der Technischen Universität Dresden sprach Herrn Dr.-Ing. Eberhard Wagner, Oberingenieur am Institut für Allgemeine Elektrotechnik, eine öffentliche Belobigung in Anerkennung seines jahrzehntelangen hervorragenden Einsatzes beim Aufbau und der ständigen Erweiterung des Instituts aus.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging Herr Dr. rer. nat. Herbert Kleinert, Institut für Stadt- und Straßenbau.

Das 20jährige Dienstjubiläum beging Frau Gertraud Pinkert, Projektleiterin der Fakultät für Bauwesen - Arbeitsgruppe Professor Dr. Trauzettel;

Herr Martin Wäglar, Pförtner in der Hausverwaltung;

Herr Walter Rögler, Lehrstuhl für Baukonstruktions- und Bauverfahren;

Frau Elisabeth Zschoche, Verwaltungsleiterin der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften;

Herr Werner Seiffert, I. Institut für Experimentalphysik;

Frau Magdalena Hünchert, Fakultät für Maschinenwesen;

Frau Dorothea Paul, Institut für Theorie und Geschichte der Architektur.

Uns erfüllen die Ideen des Roten Oktober

Höhepunkt der Veranstaltungen im Zeichen des 50. Jahrestages des Roten Oktober war der Festakt der Technischen Universität im Großen Haus der Staatstheater mit der Festrede des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Genossen Harry Meißner. Die Uraufführung der tänzerischen Kantate „Prometheus 17“ mit etwa 150 Mitgliedern der Tansgruppe und des Chores wurde ein kulturelles Ereignis. Die Kantate ist zu den 10. Arbeiterfestspielen in Halle gemeldet worden.

Wir werden über die Probleme der kulturellen Arbeit noch berichten. Foto: Griebel

Wir haben gebaut ein stattliches Haus ...

Auszüge aus der Rede des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Professor Kurt Hoyer, auf dem Wartburgtreffen 1967

(Fortsetzung von Seite 1)

Das Deutsche Reich entstand im Zeichen von „Blut und Eisen“, und es wurde, zum Verhängnis des deutschen Volkes, beherrscht und zugleich zerstört von den Kräften der Reaktion, der Großbourgeoisie und des Junkertums, des Imperialismus und Militarismus.

Als nach 1945, nach der Zerschlagung des Hitlerregimes, die historische Möglichkeit entstand, ganz Deutschland auf einer neuen, auf einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage zu einen, waren es wieder diese Kräfte, die sich dem geschichtlichen Fortschritt entgegenstimmten.

Statt die Macht des Nazismus, des Militarismus und der Monopole auch in Westdeutschland ein für allemal zu brechen und das Potsdamer Abkommen durchzuführen, gingen diese Kräfte, repräsentiert durch die CDU Adenauers sowie durch rechte sozialdemokratische Führer und verbündet mit den USA, ganz bewußt daran, Schritt für Schritt Deutschland zu spalten und diese Spaltung mehr und mehr zu vertiefen.

Sie wollten unter allen Umständen ihre Macht aufrechterhalten und den von ihnen beherrschten westdeutschen Staat zum Bollwerk der Revanche und des Antikommunismus ausbauen. Sie

schlugen auch nach der Gründung der Bundesrepublik die von der Sowjetunion und der DDR gebotene Chance aus, einen Friedensvertrag vorzubereiten, weil sie verhindern wollten, daß ein einheitliches Deutschland entstand, das einen demokratischen und antifaschistischen Weg ging.

Haben denn die herrschenden Kreise Westdeutschlands, die Herren Kiesinger, Wehner und wie sie alle heißen, nach all dem noch das geringste Recht, sich auf das Wartburgfest zu berufen und den Geist der deutschen Einheit zu beschwören?

Wenn sie nicht, wie Herr Strauß in diesen Tagen, offen zugeben, daß sie nicht die Wiederherstellung der Nationalstaatlichkeit, sondern die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa anstreben, so sprechen sie von ihrem angeblichen Recht auf die Alleinvertretung des deutschen Volkes.

Das Wort Einheit in Verbindung mit der Alleinvertretungsmaßnahme und die gleichzeitige Ablehnung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR kann aber nur bedeuten, daß die reaktionären Kräfte Westdeutschlands sich mit der Existenz unseres sozialistischen Staates nicht abfinden und ihre imperialistische Zwangs-

herrschaft, Unfreiheit und Ungerechtigkeit auf ganz Deutschland ausdehnen wollen.

Aus diesem Grunde haben sie auch Westdeutschland in die Globalstrategie der USA eingefügt. Das ist keine Strategie des Friedens, sondern eine Strategie des Krieges, wie in Vietnam. Es ist nicht eine Strategie der Demokratie, sondern des Notstandes, nicht eine Strategie der Freiheit, sondern der Militärdiktatur wie in Griechenland.

Wir sind überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo die vom Imperialismus hervorgerufene Spaltung überwunden und die Einheit der deutschen Nation wieder hergestellt sein wird. Aber dies wird das Werk der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten und aller mit der Arbeiterklasse verbündeten demokratischen Kräfte des Volkes sein. Erst wenn sie sich an die Spitze der Nation gestellt haben, wird das neue Deutschland entstehen, von dem die Teilnehmer des Wartburgfestes von 1817 träumten.

Schon das Wartburgfest von 1817 hat, wenn auch in einer nicht wissenschaftlich begründeten, sondern von Gefühlen und vagen Hoffnungen durchdrungenen Denkweise, den sozialen Inhalt der nationalen Frage in Deutschland betont.

Gegenwärtig und für eine längere Zeitspanne kann es keine Wiedervereinigung Deutschlands geben, denn die erneute Herrschaft des Imperialismus und Militarismus über ganz Deutschland ist ausgeschlossen, das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, und der demokratischenantimperialistischen Einheit muß erst in mühevollen Ringen der Weg gebahnt werden.

In dem Maße, wie die oppositionellen demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin dem verhängnisvollen Kurs der herrschenden Kreise entgegenzutreten, werden sie auch verstehen, daß es zwischen der sozialistischen DDR und dem imperialistischen Westdeutschland keine Vereinigung geben kann. Sie erleben, daß die Herrschaft des Monopolkapitals bereits mit bürgerlichem Humanismus, Freiheit, Recht und Frieden unvereinbar ist. Das Auftreten von Gewerkschaften, Studenten und zahlreichen Intellektuellen gegen den Lügenkonzern Springens und die Forderung nach dessen Entlassung bestätigen die Unvereinbarkeit der herrschenden Monopole mit dem Interesse des Volkes. Erst recht sind Sozialismus und Imperialismus unvereinbar. Dieser historische, klassenbedingte Gegensatz, diese Wahrheit kann durch keinerlei nationalistische Propaganda aus der Welt geschafft werden.

Wir beurteilen die Lage ohne Phantasie und romantische Gefühlswalung, nüchtern und realistisch. Der Vorschlag des Staatsrates und Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, sagte am 18. Jahrestag der Gründung unserer Republik:

„Die Lage ist also klar. Seit der Ablehnung des Vorschlags der Sowjetunion und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages im Jahre 1954, seit der Eingliederung des westdeutschen Separatstaates in das westliche imperialistische Bündnisystem durch die Pariser Verträge gibt es nur noch einen realen Weg in Deutschland.“

Dieser Weg ist die gegenseitige Anerkennung beider deutscher Staaten, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch

Regierungsverhandlungen, die Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa durch beide deutsche Staaten, die Vereinbarung beider deutscher Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und die Vereinbarung beider deutschen Staaten über Abrüstung sowie die Vereinbarung, daß beide deutschen Staaten Gewaltverzicht leisten und bereit sind, an der Schaffung der europäischen Sicherheit teilzunehmen. Das ist der einzige Weg, der übriggeblieben ist.“

Ich habe diese Äußerung Walter Ulbrichts so ausführlich zitiert, weil sie eine reale Einschätzung der Lage gibt und zugleich eine Politik umreißt, die hilft, den Frieden zu bewahren und das Leben des Volkes in beiden deutschen Staaten zu schützen.

In diesem Sinne hat der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, der westdeutschen Regierung seine Vorschläge zur Herstellung normaler Beziehungen unterbreitet. Doch Herr Kiesinger weigert sich, diesen einzig möglichen Schritt zu tun und wettet gegen die „Anerkennungspartei“, das heißt gegen diejenigen in der Bundesrepublik, die von der realen Existenz der DDR ausgehen und normale Beziehungen mit ihr herstellen wollen.

Die „Anerkennungspartei“ - das ist die in allen Klassen und Schichten Westdeutschlands lebendige Partei des Friedens und der Vernunft. Wir können nur hoffen, daß sie immer stärker wird und in der westdeutschen Politik den Sieg davonträgt.

Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag zu realisieren, was progressive Studenten 1817 und andere demokratische Kräfte späterer Zeiten ersehnten: einzig und allein dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit allen anderen Werktätigen die Machtfrage zu ihren Gunsten entschieden hat, können Frieden und Freiheit für das Volk garantiert werden.

Erst in unserer Deutschen Demokratischen Republik konnte das humanistische Anliegen der Burschenschaft von 1817 Gestalt annehmen, das sie in Punkt 29 ihrer „Grundsätze und Beschlüsse“ des Wartburgfestes in die Worte kleideten: „Der Mensch ist nur frei, wenn er auch Mittel hat, sich nach eigenen Zwecken zu bestimmen. An solchen Mitteln ist die Welt für alle Menschen reich genug.“

Es liegt uns fern, den Burschenschaften sozialistisches Ideengut unserer Tage zu unterstellen. Ihr Freiheitsbegriff war im Kampf gegen die feudale Reaktion zweifellos bürgerlich-demokratisch orientiert.

Aber es ist eine historische Wahrheit: Die volle und allseitige Entfaltung der freien Persönlichkeit ist nur im Sozialismus möglich; nur hier garantieren die vorhandenen geistigen und materiellen Mittel echtes Menschentum ...

BERICHTIGUNG

In der „UZ“ 21/67 sind einige bedeutende Fehler aufgetreten:

Seite 2: Der Autor des Beitrages „System der marxistisch-leninistischen Weiterbildung“, Genosse Dr. phil. habil. Striebing, ist Prorektor für Gesellschaftswissenschaften.

Seite 5: „Neue TU-Politik übergeben“: Es muß richtig heißen: ... mit einem Kostenaufwand von etwa 3 Millionen MDN ... Wir bitten um Entschuldigung. Redaktion

Herausgeber: SED-Kreisleitung der Technischen Universität Dresden, Redaktion: Kollektiv, Redaktion: 807 Dresden, Helldorferstraße 4, Telefon: 514041 42, 5141 51 und 5115. Verantwortlicher Redakteur: Thomas Griebel, Sekretär: Hans-Joachim Murawski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Für unverlangt eingesandene Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 51 beim Rat des Bezirkes Dresden, Satz und Druck: Großbuchdruckbetrieb VEB-Druckmaschinen, Dresden. Bezugsstellen: Zulauf-Druckerei-AG, 81149 Dresden.

„UZ“ 22/67

SEITE 2



Studienhinweise

FÜR DIE ZIRKELTEILNEHMER AM PARTEI- UND FDJ-SCHULJAHR

STUDIUM VON GRUNDPROBLEMEN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

2. Thema:

Die Ergebnisse der Novemberrevolution 1918 und die Lehren für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus

Schwerpunkte:

- Welches waren die Ursachen und die Aufgaben der deutschen Novemberrevolution;
- Wie kämpfte die deutsche Arbeiter-

klasse in der Novemberrevolution, und wie vermochte der deutsche Imperialismus seine Macht zu behaupten;

- Welche Ergebnisse hatte die Novemberrevolution und welche Lehren vermittelte sie;

Literaturhinweise:

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 3, Seite 182-190, S. 70-86, Seite 87-113, Seite 134-143, Seite 149-162

oder: Broschüre Kapitel VI, Seite 182-199, Seite 70-86, Seite 87-113, Seite 134-143, Seite 149-162

Anleitung der Zirkelleiter: 14. Dezember 1967, 16.30 Uhr, SED, Kreis-

leitung

Zirkeldurchführung: 18. Dezember 1967

SEMINARE ZUM STUDIUM THEORETISCHER PROBLEME DES ENTWICKELTEN GESELLSCHAFTLICHEN SYSTEMS DES SOZIALISMUS

2. Thema:

Die Ausnutzung aller Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR

Schwerpunkte:

- Welche Vorzüge und Entwicklungstriebekräfte der sozialistischen Produktionsweise gibt es, und wie werden sie im ökonomischen System des Sozialismus genutzt;

- Wie werden die Übereinstimmung der persönlichen materiellen und ideellen Interessen der Werktätigen und ihrer Kollektive mit den gesellschaftlichen Erfordernissen durch das ökonomische System des Sozialismus verwirklicht.

Literaturhinweise:

Broschüre VII. Parteitag, W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Seite 81-95, 120-138

Willi Stoph: Die Durchführung der volkswirtschaftlichen Aufgaben, Seite 53-59

Anleitung der Zirkelleiter: 14. Dezember 1967, 16.30 Uhr, SED, Kreis-

zember 1967, 16.30 Uhr, SED, Kreis-

Durchführung des Zirkels: 18. Dezember 1967

ZIRKEL ZUR ANEIGNUNG MARXISTISCH-LENINISTISCHER GRUNDKENNTNISSE

2. Thema:

Die welthistorische Mission der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

Die Arbeiterklasse als Kern des freien sozialistischen Volkes und ihre wachsende Verantwortung bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR

Schwerpunkte:

- Woraus wird die objektiv bedingte führende Position der Arbeiterklasse in der Gesellschaft und die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei abgeleitet;

- Woraus wird die Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR wachsen.

Literaturhinweise:

W. Ulbricht: Broschüre VII. Parteitag: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus;

Abchnitt I und II, aus den Abschnitten IV und V Seite 5-18, 68/69, 90 und 92

E. Honecker: Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus, Abschnitt I und II, Seite 5-16

Anleitung der Zirkelleiter: 14. Dezember 1967, 16.30 Uhr, SED, Kreis-

Durchführung des Zirkels: 18. Dezember 1967

Achtung!

FDJ-Lehrjahr!

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, BAND 6

Thema 2

„Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Gründung der SED - ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes“

Schwerpunkte:

1. Warum war die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Jahre 1945 in Deutschland notwendig und möglich?

2. Worin besteht die historische Bedeutung der Gründung der SED?

3. Warum wird durch die Vollendung des Sozialismus in der DDR der Prozeß zur einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse in Westdeutschland gefördert?

Literatur:

„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 7, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 22-32, S. 98-100, S. 178, S. 185-186.

terbewegung“, Band 6, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 47-54, S. 153 und 154.

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, BAND 7

Thema 2

„Das Wesen des Arbeiter- und Bauern-Staates in der DDR“

Schwerpunkte:

1. Warum ist die Diktatur des Proletariats das Hauptinstrument der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission?

2. Warum ist die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei die größte Befreiungstat in der Geschichte unseres Volkes?

Literatur:

„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 7, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 22-32, S. 98-100, S. 178, S. 185-186.